** DGB-Ortsverband Rheine – Maifeier 2015
\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

**Der Erste Mai in Rheine – vier Streiflichter**

Zum 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille trafen sich am 14. Juli 1889 400 Delegierte sozialistischer Parteien und Gewerkschaften aus zahlreichen Ländern zu einem internationalen Kongress in Paris. Die Versammelten billigten eine Resolution des Franzosen Raymond Felix Lavigne, in der es hieß:
"Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen."

In Deutschland hatten bis Dezember 1889 achtzehn Gewerkschaften erklärt, am kommenden 1. Mai zu streiken, dies trotz massiver Drohungen von Seiten der Unternehmer, den Streikenden zu kündigen und sie in Schwarze Listen aufzunehmen. Am 1. Mai 1890 beteiligten sich in Deutschland etwa 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Streiks, Demonstrationen und sogenannten "Maispaziergängen".
Das war der Anfang. In den nächsten Jahren bürgerte es sich dann ein, diese Aktivitäten jährlich zum gleichen Termin zu wiederholen.

1892

Die erste Teilnahme an einer Maifeier von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Rheine lässt sich bereits für das Jahr 1892 nachweisen. Bürgermeister Sprickmann-Kerkerink berichtete am 2. Mai 1892 an den Landrat in Burgsteinfurt, „dass eine Anzahl hiesiger Sozialdemokraten gestern früh – in der bei ihnen üblichen Weise durch rote Schlipse, die Frauenzimmer durch rote Halstücher gekennzeichnet – mit der Bahn nach Osnabrück gefahren sind, wo sie vermutlich an einer von den dortigen ‚Genossen‘ veranstalteten Feier teilgenommen haben.“ Vergleichbare Aktivitäten können danach bis zum Ende der Kaiserzeit in Rheine nicht mehr registriert werden.

1922

Das Jahr 1918 brachte das Ende des Ersten Weltkrieges und den Sturz der Monarchie in Deutschland. Die in Weimar tagende verfassunggebende Nationalversammlung erklärte den 1. Mai 1919 zum gesetzlichen Feiertag; dies galt jedoch nicht mehr für die Jahre danach.

Die erste in den Jahren der Weimarer Republik in Rheine dokumentierte Maifeier fand 1922 statt. Eine Versammlung von Funktionären der – sozialdemokratisch orientierten - freien Gewerkschaften hatte Anfang April beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen; erläuternd hieß es hierzu: „Die Maifeier soll ein Protest gegen das ganze kapitalistische System sein.“
Schon morgens um 6 Uhr waren die Arbeiter vom „Volkshaus“ in der Rosenstraße zu einem Ausflug nach der dritten Schleuse gestartet. Um 13.30 Uhr trat man dann auf dem Heilig-Geist-Platz zu einem Festzug durch die Stadt an, der mit 800 Teilnehmern beim Lokal Cordesmeyer endete. Dort und in anderen Sälen traten bei Abendveranstaltungen unter anderen die Freie Volksbühne mit einem Stück „Im Reiche des Sozialismus“ und der Arbeitergesangverein mit Liedvorträgen auf.
Die sozialdemokratische Tageszeitung „Volkswille“ berichtete: „Ein großer Teil der Arbeiterschaft demonstrierte durch Arbeitsruhe, wenngleich die hiesigen Fabrikanten im Verein mit ihren Schleppenträgern, den christlichen Gewerkschaften, alles aufgeboten hatten, den Feiertag der Arbeit zu sabotieren. Es gehört hier in Rheine schon ein gewisser Bekennermut dazu für manchen, der seine Farbe auch öffentlich zeigen soll.“

1933

Der 1. Mai 1933 war von den Nationalsozialisten, die zu diesem Zweitpunkt dabei waren, die Diktatur ihrer Partei in ganz Deutschland zu errichten, zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt worden, scheinbar die Einlösung der alten Forderung der Arbeiterbewegung. Der nachfolgende 2. Mai offenbarte dann aber die Täuschungsabsicht dieser Propagandamaßnahme: Wie überall im Deutschen Reich wurden auch in Rheine die Geschäftsstellen der freien Gewerkschaften besetzt.

Am 1. Mai – dem „Tag der nationalen Arbeit“ - versammelten sich in Rheine in den Betrieben die Belegschaften zum Appell, um anschließend in einem Festzug mit sechs Musikkapellen in das Stadion an der Salzbergener Straße einzuziehen. Hier lauschten die 12.000 Versammelten der Übertragung der zentralen Mai-Veranstaltung aus dem Berliner Lustgarten. Zum Schluss erklangen Horst-Wessel-Lied und Deutschlandlied.
Als sich am Abend die Arbeiter in verschiedenen Sälen der Stadt einfanden, um den Tag mit Musik und Tanz ausklingen zu lassen, liefen anderenorts schon die Vorbereitungen für die Besetzung der Gewerkschaftshäuser am kommenden Tag.

Schon am 21. April 1933 hatte die NSDAP in einem Rundschreiben verfügt, dass am 2. Mai die Häuser der freien Gewerkschaften besetzt werden sollten. Weisungsgemäß besetzte die SA in Rheine das „Volkshaus“ in der Rosenstraße 9. In diesem Gebäude befanden sich nicht nur die Büros der freien Gewerkschaften und der SPD, sondern auch eine Gastwirtschaft mit Saal. Das Volkshaus wurde beschlagnahmt, enteignet und wenig später der neugegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF), in der alle von den Nazis gleichgeschalteten Gewerkschaften zusammengefasst waren, übergeben. Der 2. Mai bedeutete das Ende der freien Gewerkschaften in Rheine wie überall im Deutschen Reich.

Im April 1933 hatten die christlichen Gewerkschaften noch zur Teilnahme an den Maifeiern der NSDAP aufgerufen. Das hinderte die Nazis nicht daran, bereits Anfang Mai an ihren Bürohäusern Hakenkreuzfahnen zu hissen. Am 24. Juni wurden in Rheine die Büros in der Antoniusstraße 8 besetzt und beschlagnahmt, die Organisation selbst ebenfalls der DAF zwangseingegliedert.

1950

Die erste nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Herrschaft in Rheine nachweisbare Maifeier der Gewerkschaften, die jetzt einheitlich im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen waren, fand 1950 statt:

Als Mairedner trat Gewerkschaftssekretär Strothmann aus Mülheim/Ruhr im Paulushaus auf. „Das Jahr 1950, so erklärte Gewerkschaftssekretär Strothmann unter anderem, stehe für die Gewerkschaft im Zeichen des echten Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft, das die gerechteste Forderung des 20. Jahrhunderts sei. Die Gewerkschaft bestreite keineswegs die von manchen führenden Industriellen geleistete Pionierarbeit für die deutsche Wirtschaft, sie wende sich aber entschieden gegen die wirtschaftspolitische und betriebsorganisatorische Einseitigkeit der Arbeitgeber und ihrer Verbände. Wenn die Arbeitgeber dem Arbeiter heute ein gewisses Maß von Mitbestimmung freiwillig einräumen wollten, dann müsse das misstrauisch machen; denn das Unternehmertum folge hier nicht dem eigenen Triebe, sondern der Not, weil fünf Millionen organisierte Arbeitnehmer im DGB ständen, die die Verwirklichung der Demokratie in den Betrieben fordern. Nicht die Gewerkschaftssekretäre seien betriebsfremde Elemente – es gebe kaum einen Gewerkschaftssekretär, der sich seine Sporen nicht in einem Betrieb verdient habe – sondern die Aktionäre seien als betriebsfremd zu bezeichnen, die den Betrieb kaum gesehen hätten und nur ihre Gewinne einsteckten.“

Das war vor 65 Jahren und man mag sich fragen, ob sich die Diskussionen um das Thema „Betriebliche Mitbestimmung“ bis heute im wesentlichen Kern verändert hat.

*Lothar Kurz*